

bisitz unter den Juden über diese Frage heute durchzuführen, ist unmöglich, aber sicher ist, daß gewisse Teile der jüdischen Bevölkerung der geschaffenen Lage nicht unbedingt gegnerisch gegenüberstehen und abwarten wollen, was die neuen Verhältnisse bringen werden. Es sei daher notwendig gewesen, diesen demonstrativen Moment zu unterstreichen, was auch geschehen sei. Im übrigen muß bemerkt werden, daß das Erscheinen eines jüdischen Deputierten in der Sejm-Sitzung von der neuen Koalition mit gewisser Befriedigung aufgenommen wurde und auch auf der Linken nicht als ein Schritt betrachtet wurde, der der politischen Ethik und menschlichen Würde widerspräche. WM.

Weil sie Juden sind...

Am 7. Dezember begannen vor dem Landgericht in Timiscara die Verhandlungen gegen die jüdischen Studenten: Ernst Reiter, Julius Oesterreicher, Julius Neumann, Jacob Weinberg, Bela Groß, Moritz Naftalle, Salomon Weitz, Jacob Brettner, Avram Neumann, Elmer Pogaos, Ernst Gottlieb, Rudolf Oesterreicher und Emmerich Gottlieb. Die Studenten werden beschuldigt, in der Nacht zum 9. Dezember 1924 die beiden christlichen Studenten Nicolaus Bisleu und Cia Nicolau angegriffen zu haben. Die Anklage lautet auf vorsätzlich versuchten Mord, laut Paragraph 278 nach altem ungarischen Strafbuch, kombiniert mit den Paragraphen 65 und 69 sowie 71 des rumänischen Okkupations-Strafbuches.

Das Organ der Siguranza (Geheimpolizei) und der Antisemiten „Universul“, Nr. 291, vom 15. Dezember 1926 gibt folgende Vorgeschichte des Prozesses:

Einige Tage vor dem 10. Dezember 1924, dem Jahrestag des Beginns der Studentenunruhen, meldete sich eine Delegation christlicher Studenten beim Präfekten von Timiscara, um Genehmigung für die Feier des 10. Dezember zu erlangen. Der Präfekt lehnte die Genehmigung ab und machte die Studenten darauf aufmerksam, daß er sie vor das Kriegsgesicht stellen wolle, falls sie dennoch versuchen würden, am 10. Dezember zu demonstrieren. Daraufhin beschlossen die antisemitischen Studenten, den 10. Dezember trotzdem zu feiern und den Vorlesungen fernzubleiben. Am Abend des 9. Dezember trafen die Studenten Nicolaus Bisleu und Cia Nicolau im jüdischen Viertel vier jüdische Studenten an und griffen diese sofort an. Schon war es den beiden gelungen, über die vier die Oberhand zu gewinnen, als 15 bis 20 Passanten den Juden zur Hilfe eilten und nach einem Kampf mit Spazierstöcken und Flaschen die beiden antisemitischen Studenten überwältigten. Hinzueilende Polizei machte von den Schußwaffen Gebrauch und verhaftete drei Juden. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß die zu Hilfe eilenden alles Juden waren und vom Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde Vertes, durch Vermittelung von Ernst Reiter gegen Entgelt angeworben worden waren, um die jüdischen Institutionen vor der geplanten antisemitischen Demonstration zu schützen. Reiter gilt als geistiger Urheber des Ueberfalls, weil er die Bande zum Schutze der jüdischen Tempel und Schulen vor eingebildeten Attentaten zusammengestellt hat. Da in der Nacht zum 9. Dezember das Gericht aufkam, daß die Studenten vor den jüdischen Institutionen zu demonstrieren beabsichtigten, nahmen die jüdischen Verteidiger am Eingang des Judenviertels Aufstellung. Hier stürzten sie sich auf die beiden christlichen Studenten mit der Absicht, sie zu ermorden!

Am 7. Dezember, 9 Uhr morgens, wurde die Verhandlung eröffnet. Den Vorsitz hatte der Oberrichter Nicolaus Atanasiu, Beisitzer Georg Lambino und Georg Neaga. Staatsanwalt Marin Pepsescu, Gerichtsschreiber Sergiu Bradisianu. (Sämtlich „gute“ Rumänen aus dem Altreich für den besonderen Zweck nach der fast nur Minderheiten bewohnten Stadt Timiscara gebracht).

Als erster wird Ernst Reiter verhört. Sämtliche Angeklagten widerrufen ihre auf der Polizei und vor dem Untersuchungsrichter gemachten Angaben. Der Gerichtsvorsitzende stellt den Widerruf als unglaubwürdig hin und rügt die unehrerbietige Haltung der Angeklagten auf das schärfste. Durch seine tausende Fragen und Redensarten ist es dem Vorsitzenden endlich gelungen, die Schuld aller Angeklagten nachzuweisen. Die Zuhörerräume sind mit antisemitischen Studenten vollkommen besetzt und wird des öfteren vom Zuhörerraum dazwischen geschrien, der Vorsitzende selbst sagt dazu nichts — — —

Der Staatsanwalt beantragt die Paragraphen 278, 71, 69 und 65 insbesondere auf Ernst Reiter anzuwenden. Sonst sei bei allen jüdischen Studenten vorsätzlicher Mordversuch anzunehmen. Der Anwalt der Nebenkläger lobt den Staatsanwalt und fordert von der jüdischen Gemeinde 10 000 Lei Gerichts-

richtskosten und 220 000 Lei Entschädigung für die beiden antisemitischen Nebenkläger. Für die Verteidigung sprechen die Rechtsanwälte Simion Matel, Molnar Julius, Armin Schimmerling, Armin Unger und der Rumäne Dimitrie Botez, die sich alle sehr bemühen, die Unschuld der 12 Angeklagten nachzuweisen.

Um 2 Uhr zieht sich das Gericht zur Beratung zurück und kündigt die Bekanntmachung des Urteils für den 14. Dezember (also sechs Tage später), 12 Uhr mittags, an. Die christlichen Studenten machen dem Verteidiger Botez beim Verlassen des Gerichtssaales eine feindselige Demonstration und begleiten ihn unter Pfuirufen und Absingen eines Trauermarsches bis in seine Wohnung.

Am 14. Dezember, um 12 Uhr, wurde folgendes Urteil verkündet:

„Alle Angeklagten werden zu je 5 Monaten und 25 Tagen Gefängnis verurteilt. Außerdem Ernst Gottlieb und Avram Neumann noch zu je 6 Monaten

schwerem Kerker und 100 000 Lei Entschädigung für die Gerichtskosten.“

Alle Angeklagten haben sofort Berufung eingelegt, diese wurde aber sofort verworfen.

Solche Urteile werden heute im „Kultur“-Rumänien gesprochen. Wie lange soll das noch so weitergehen, daß unschuldige Menschen, nur weil sie Juden sind, ins Gefängnis kommen?

Siegfried Jacoby.

„Universul“ hetzt gegen „Renasterea“

Bukarest. (JTA.) Die antisemitische Tageszeitung „Universul“ führt eine scharfe Hetzkampagne gegen die jüdisch-nationale Wochenschrift „Renasterea“, die auf die letzten Geschehnisse würdig reagiert hat. „Universul“ fordert die Regierung auf, die Redakteure der jüdischen Zeitung an einen Ort zu bringen, wo ihnen die Lust zum Schreiben vergehen wird.

Gegen die Juden-Verfolgungen in Rumänien!

Eine Sonderkonferenz des amerikanisch-jüdischen Kongresses über Rumänien

New York. (JTA.) Der Präsident des amerikanisch-jüdischen Kongresses, Dr. Stephen S. Wise, hat eine Sondertagung des Kongresses anberaumt, in der über die antijüdischen Ausschreitungen in Rumänien und über antijüdische Anschläge in anderen Ländern Osteuropas beraten werden soll. Der Tagung werden die jüdischen Mitglieder des Kongresses der Vereinigten Staaten: Bacharach, Sabbath, Golder, Jacobstein, Celler, Bloch, Perlman, Dickstein, Frau Florence Kahn, Sirowitch und Cohen beiwohnen.

In der von Dr. Stephen S. Wise erlassenen Kundgebung heißt es:

„Die außerordentliche Tagung des amerikanisch-jüdischen Kongresses wird im Februar 1927 in Washington abgehalten werden. Die Lage der Juden in Rumänien war in den letzten Jahren schlecht genug, so daß wir nicht glauben könnten, daß sie sich noch weiter verschlimmern könnte. Um so mehr wurde die amerikanische Judenheit durch Nachrichten erschüttert, daß in der vielgeprüften Stadt Kischinew und in anderen Städten Rumäniens pogromartige Ausschreitungen gegen die Juden stattfanden und daß die rumänische Studentenschaft im ganzen Lande die Juden terrorisiert. Als das zaristische Rußland zusammenbrach und Länder, wie Rumänien, Verträge unterschrieben, durch welche sie sich zur Wahrung der Rechte der Minderheiten verpflichteten, glaubten wir, die Zeit der Pogrome sei zu Ende. Angesichts der Gewalttätigkeiten, die in Rumänien täglich gegen Juden vorkommen, und angesichts der fortdauernden Judenhetze in den Ländern Ost- und Mitteleuropas darf die amerikanische Judenheit nicht untätig bleiben. Die bevorstehende Tagung wird die amerikanische Judenheit nicht untätig bleiben. Die bevorstehende Tagung wird die amerikanische Judenheit über die wirkliche Lage informieren und über wirksame Mittel der Abwehr beraten, die die Unterstützung aller Juden Amerikas finden werden.“

Der schweizerisch-jüdische Gemeindebund und Rumänien

Zürich. (JTA.) Das „Israelitische Wochenblatt für die Schweiz“ fordert den Schweizer Isr. Gemeindebund auf, eine außerordentliche Sitzung

einzuuberufen und Proteste an den Völkerbund, an den rumänischen Gesandten in Bern und an die Regierung Rumäniens gegen die Behandlung der Juden in diesem Lande zu senden und den Wortlaut an die Regierungen der Schweiz, Frankreich, Italien, England und Amerika weiterzuleiten. Die Zeitung schließt: „Man sage nicht, die Schweiz ist ein kleines Land. Unser Land ist ein großes Kulturland, und seine Stimme klingt laut und vernehmlich. Auf Gemeindebund, erhebe deine Stimme für die jüdischen Brüder in Rumänien!“

Die Internationale Union der Völkerbundigen interveniert

Jerusalem. (JTA.) Die Palästinensische Liga für Völkerbund hat an das Bureau der Internationalen Union für Völkerbundigen einen Protest gegen die Verfolgung der Juden in Rumänien gerichtet. Daraufhin erhielt die Liga vom Bureau der Internationalen Union die Mitteilung, daß die Union daran geht, Maßnahmen zu ergreifen, die wohl eine Besserung der Lage der rumänischen Juden herbeiführen werden.

Proteste in Rußland

Moskau. (JTA.) Außer in Moskau wurden in Kiew, Odessa, Poltawa und anderen Städten der Ukraine Protestkundgebungen gegen die Judenverfolgungen in Rumänien abgehalten, denen tausende Juden beiwohnten.

Die Juden Palästinas wollen Rumänien boykottieren

Jerusalem. (JTA.) Unter der Judenschaft Palästinas macht sich eine Bewegung für Boykottierung rumänischer Waren und rumänischer Dampfer geltend, als Ausdruck der Empörung gegen die unaufhörlichen Judenverfolgungen in diesem Lande. Beabsichtigt wird auch ein vollkommener Boykott der rumänischen Handelsausstellung, die in kurzer Zeit in einer Anzahl Städte Palästinas stattfinden soll. — Die palästinensische Völkerbundsliga hat in einem Telegramm an die Internationale Union der Völkerbundigen in Brüssel gegen die Judenverfolgungen in Rumänien und gegen deren Duldung durch die rumänische Regierung protestiert.

Die Neuorientierung in der polnischen Judenpolitik

Warschau. (JTA.) Der nach dem vom General Pilsudski vollzogenem Umsturz zum Innenminister ernannte General Mladzanowski hat ein Memorandum über die Politik der polnischen Regierung gegen die Minderheiten ausgearbeitet, das nunmehr veröffentlicht worden ist.

In bezug auf die Juden heißt es in dem Memorandum: 1. In der Ueberzeugung, daß der wirtschaftliche Antisemitismus staatsschädlich ist, sieht es die Regierung als notwendig an, im Wirtschaftsleben das Prinzip der Objektivität und Gerechtigkeit zu wahren und auf dem Gebiete des Steuer- und Kreditwesens eine Gleichberechtigung eintreten zu lassen. 2. Die Regierung kann der jüdischen Bevölkerung als besonderer nationaler Gruppe keine Sondervertretung in den öffentlichen wirtschaftlichen Institutionen einräumen, doch wird sie darauf achten, daß die Juden in diesen Institutionen entsprechend beteiligt sein sollen. 3. Die Regierung steht der zionistischen Idee und Aktion positiv gegenüber. Dies gilt auch für die Arbeit der zionistischen Organisation auf polnischem Territorium. 4. Die Regierung wird alle noch aus der

Zeit der zaristischen Herrschaft und der Okkupation herrührenden Beschränkungen gegen die jüdische Bevölkerung abschaffen. 5. Die Regierung wird die Vorschriften über Zwangssonntagsruhe mildern durch Verlängerung der Arbeitsstunden für jüdischen Handel und jüdisches Handwerk an den Samstagsabenden. 6. Die Regierung wird die Frage der Staatsangehörigkeit jüdischer Bürger demnächst zur Regelung bringen. 7. Die Regierung wird sich beeilen, die Wahlen zu den jüdischen Gemeinden in den Ostdistrikten durchzuführen und die Kultusgemeindegemeinschaften zu liquidieren im Sinne einer Demokratisierung dieser Gemeinde. Außerdem wird die Regierung der Schaffung eines Einheitsverbandes der jüdischen Gemeinden in ganz Polen zustimmen, sofern die jüdische öffentliche Meinung darin einig ist. 8. Die Regierung wird die Chedarim als öffentliche Vorschulen anerkennen, sofern in ihnen auch die polnische Sprachpflege findet. 9. Die Regierung wird nach Möglichkeit die Berufsausbildung unter Juden fördern. 10. Die Regierung lehnt jede Begrenzung religiöser oder nationaler Natur im Hochschulwesen ab.